

Wie ist Ihre Stellung zum menschengemachten Klimawandel und dem Pariser Klimaschutzabkommen? Welche Handlungen leiten Sie daraus für M-V ab?

Statement des LEE Mecklenburg-Vorpommern:

Die anthropogenen Anteile an der Klimakrise sind wissenschaftlicher Konsens. Deshalb ist die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens unerlässlich. Die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ist für den LEE MV Antrieber und Motivation, den CO₂-Ausstoß mit massivem Ausbau der Erneuerbarer Energien einzudämmen.


 Landesverband
 Erneuerbare Energien
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Mecklenburg-Vorpommern muss den Klimaschutz als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen. Unser Bundesland braucht zwingend ein Klimaschutz- und Energiewendegesetz mit konkreten Ausbauzielen der Erneuerbaren (Flächenzielen, installierter Leistung, Energieerzeugung) und konkreten Zielen zur Klimaneutralität bis 2035. Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden.

Mecklenburg-Vorpommern muss den Klimaschutz als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen. Unser Bundesland braucht zwingend ein Klimaschutz- und Energiewendegesetz mit konkreten Ausbauzielen der Erneuerbaren (Flächenzielen, installierter Leistung, Energieerzeugung) und konkreten Zielen zur Klimaneutralität bis 2035. Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden.

Statement der CDU Mecklenburg-Vorpommern:

Der Einfluss des Menschen auf die Erderwärmung ist derzeit wissenschaftlich unumstritten. Lediglich die Stärke des menschlichen Einflusses auf die Änderungen des Klimas wird aktuell diskutiert. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir alle volkswirtschaftlich und sozialverträglichen Maßnahmen, die den menschlichen Einfluss auf die Entwicklung des Klimas begrenzen. Wir bekennen uns zu den durch die Bundesregierung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens eingegangenen Verpflichtungen, die Treibhausgase zu senken. Dazu sind weitgehende Maßnahmen in allen Lebensbereichen notwendig. Der Umbau der Energiewirtschaft ist zwingende Voraussetzung zum Schutze des Klimas und zum Erhalt des Wohlstandes unserer Gesellschaft.



Statement der SPD Mecklenburg-Vorpommern:

Die menschengemachte Erderwärmung mit dem daraus resultierenden rapiden Wandel klimatischer Bedingungen auf dem gesamten Planeten halten wir aktuell für die größte Bedrohung auch Mecklenburg-Vorpommerns. Extremwetterereignisse haben in den vergangenen Jahren bereits deutlich zugenommen, bspw. Dürren im Landesosten, und werden auch zukünftig noch weiter zunehmen. Das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung möglichst unter 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, werden wir nur mit globaler Anstrengung erreichen. Aus diesem Grund unterstützen wird das Pariser Klimaschutzabkommen auch uneingeschränkt. Für Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns als SPD das Ziel gesetzt, bis 2035 unseren Energiebedarf rechnerisch komplett aus erneuerbaren Energien decken zu können und bis 2040 die komplette Klimaneutralität des Landes erreicht zu haben, sprich den Ausstoß fossiler Treibhausgase auf Null zu reduzieren. Hierfür wollen wir am Beginn der nächsten Legislaturperiode, einen Regierungsauftrag seitens der Wählerinnen und Wähler vorausgesetzt, ein Klimaschutzgesetz für MV auf den Weg bringen, das unter anderem die dafür notwendigen Ausbaupfade der erneuerbaren Energien definiert.



Statement Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern:

Bündnis 90/Die Grünen MV auch ich persönlich – wir bekennen uns klar zum völkerrechtlich bindenden Übereinkommen von Paris, in welchem das Ziel formuliert wird, die Erderhitzung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die wissenschaftliche Studienlage ist in unseren Augen so umfangreich wie klar: Die Klimakrise ist menschengemacht, ursächlich durch den Ausstoß von Treibhausgasen hervorgerufen und nur durch ambitioniertes und umgehendes Handeln der gesamten Menschheit, lässt sie sich noch ausbremsen. In M-V gibt es drei wesentliche Treibhausgasquellen: Trockengelegte Moore, die Landwirtschaft und die Energieversorgung (auch der Haushalte, des Verkehrs und der Industrie). In allen drei Feldern bedarf es verbindliche Strategien, um die Emissionen im Rahmen des verbleibenden Emissionsbudgets auf netto Null zu reduzieren. Wesentliche Maßnahmen sind hierfür:



- im Bereich der Energie: der Ausbau der Windenergie an Land und auf See, der Solarenergie auf versiegelten Flächen und Freiflächen sowie der Ausbau der Netz- und Speicherinfrastruktur, der Umstieg vom Verbrenner zum E-Auto wo das zu verbessernde Angebot von ÖPNV, Fuß und Radverkehr nicht erreicht werden kann und eine Dekarbonisierung der Wirtschaft.
- Im Bereich der Landwirtschaft die Reduktion von Düngemitteln, Energiepflanzen und im weiteren Sinne der Tierhaltung zum Fleischkonsum
- Im Bereich der Moore: die Wiedervernässung mit wirtschaftlicher Nutzung wo möglich, z.B. in Paludikultur

Mit Blick auf die Landtagswahlen: Diese Handlungsfelder müssen in einem, ein Klimaschutzgesetz begleitenden, Klimaschutzplan konkretisiert und verbindlich umgesetzt werden.

Statement Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern:

Die Eindämmung des Klimawandels und die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens hat in unserer derzeitigen und künftigen politischen Arbeit eine entscheidende Bedeutung. Wir haben in diesem Jahr ein Klimaschutzgesetz in den Landtag MV eingebracht, das leider von der Mehrheit des Landtags abgelehnt wurde. Wir werden deshalb in der nächsten Wahlperiode, neben vielen Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz, einen neuen Anlauf für ein Klimaschutzgesetz MV nehmen, um konkrete Klimaschutz- und CO₂- Reduktionsziele für alle Sektoren zu bestimmen.



Statement AfD Mecklenburg-Vorpommern:

Die AfD bestreitet in keiner Weise die globale Erwärmung. Der anthropogene Anteil an dieser Erwärmung ist jedoch nach wie vor nicht eindeutig wissenschaftlich belegt. Unter anderem aus diesem Grund setzt sich die AfD auch für die Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens ein.



Die aktuellen Klimaänderungen stellen auch Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Insbesondere die Land- und Forstwirtschaft sind davon betroffen. Hier bedarf es aktiver Unterstützung von Landesseite, um möglichst schnelle Anpassungen an die neuen Gegebenheiten zu gewährleisten.

Was sind Ihre Visionen und konkreten Ziele in Bezug auf die Ausbauziele von Windenergie (on- und offshore) und Solarenergie in M-V?

Statement des LEE MV:

Für die Windenergie an Land sollen ca. 2 Prozent der gesamten Landesfläche als Windeignungsgebiete durch einen entsprechenden Windenergieerlass ausgewiesen werden. Bei der Offshore Windenergie sollen die ermittelten Potenziale (ca. 5.500 MW) ausgeschöpft werden.


 Landesverband
 Erneuerbare Energien
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Auf 1 Prozent der Landesfläche sind Photovoltaikanlagen als Baustein der Energiewende erforderlich. Dazu muss die Zulässigkeit von Freiflächensolaranlagen erweitert werden: Die Regelungen des LEP müssen überarbeitet und Anlagen auch auf Ackerflächen bis durchschnittlich 30 Bodenpunkte zugelassen werden. Wir brauchen Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden zur Vorbildwirkung und eine ausreichende EEG-Vergütung für Dachflächen-PV-Anlagen, damit auch die vorhandenen Dachflächen möglich vollständig genutzt werden.

Statement der CDU Mecklenburg-Vorpommern:

Es muss sichergestellt werden, dass für Erneuerbare Energieanlagen nicht mehr Flächen, als heute zur Verfügung stehen, benötigt werden. Hierzu ist es notwendig, alte Anlagen durch neue Anlagen, die über die beste verfügbare Technik verfügen, zu ersetzen. Durch technischen Fortschritt wird so der steigende Energiebedarf kompensiert. Die heute geltenden Schutzabstände für erneuerbare Energieanlagen zu bebauten Gebieten müssen Bestand haben. Die Menschen in unserem Land sollen nicht mehr das Gefühl haben, durch erneuerbare Energieanlagen bedrängt bzw. umzingelt zu werden. Die Größe von Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen soll auf unter 100 ha begrenzt werden, um den Flächendruck auf diese Flächen zu minimieren und das Landschaftsbild zu erhalten. Um dennoch den Ausbau der erneuerbaren Energie zu gewährleisten, sollen andere Kriterien weicher gefasst werden. Die Potenziale in Bereichen, wie auf Offshore Windkraftanlagen oder Solaranlagen auf Dächern, müssen stärker als bisher genutzt werden. Genehmigungsverfahren im Bereich der erneuerbaren Energieanlagen gilt es, zu vereinfachen und zu beschleunigen. Gerade im Bereich des Repowering (Ersetzen alter Anlagen durch neue) von Windkraftanlagen kann so die Beanspruchung der Landschaft eingegrenzt werden.



Statement der SPD Mecklenburg-Vorpommern:

Wir halten die bisherigen Ausbauziele des Bundes für Windenergie Offshore für nicht ambitioniert genug und begrüßen daher die Ankündigung von SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz, hier schnell mehr möglich machen zu wollen. Auch Onshore benötigen wir mehr Windenergie, benötigen vor allem zügige Genehmigungsverfahren und eine verlässliche Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner an den Erträgen der Windparks. Diese Beteiligung, die wir mit dem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz als erstes Bundesland in Deutschland umgesetzt haben, halten wir für unverzichtbar für die Akzeptanz der



Energiewende auch in der Fläche. Bei der Solarenergie sehen wir noch Aufholbedarf in Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere bei bereits versiegelten Flächen wie Parkplätzen haben wir Potentiale für die Solarnutzung, die aktuell eher brach liegen. Bei landwirtschaftlichen Flächen bevorzugt wird Hybrid-Ansätze, die landwirtschaftliche Produktion und das Ernten von Solarenergie parallel ermöglichen.

Statement Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern:

Auf dem Weg zu einem 100% erneuerbaren Energiesystem ist es wichtig, dass sich jedes Bundesland entsprechend seiner Fläche an der Energieerzeugung beteiligt, da der Ausbau der Erneuerbaren im wesentlichen Flächen benötigt. Im Falle von Mecklenburg-Vorpommern ist der Flächenanteil am Bundesgebiet 6,5%.



Um diesen Anteil des bundesdeutschen Primärenergiebedarfes bereitzustellen, sollen mindestens 2% der Landesfläche für die Onshore-Windenergie (=17 GW), 1% der Freiflächen PV (=27 GW) und 75% der Dächer Dach-PV (=19 GW) zugedacht werden. In der Ostsee soll die Windenergie das vollständige vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie ermittelte Potential von ca. 5.5 GW genutzt werden statt es bei der bisher von der Bundesregierung geplanten Menge von ca. 2.2 GW zu belassen. Meine Vision ist, diesen Ausbau in den verbleibenden 14 Jahren bis 2035 zu schaffen, um dem Paris-Ziel gerecht zu werden.

Statement DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:

DIE LINKE steht für einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Für die Windenergie an Land sollen mindestens zwei Prozent der gesamten Landesfläche als Vorranggebiete für deren Nutzung ausgewiesen werden. Ausgenommen bleiben Waldflächen und Binnenseen. Die ermittelten Potentiale der Offshore Windenergie sollen ausgeschöpft werden. Der Ausbau der Solarenergie ist bisher weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben. DIE LINKE wird hier neue Impulse setzen. Neben einem Förderprogramm für den Einbau von Batteriespeichern in Privathaushalten wollen wir eine Pflicht zum Bau von Solaranlagen auf neu errichteten Parkplatzflächen und Nichtwohngebäuden. Mieterstrommodelle und der Bau von Solaranlagen auf öffentlichen Dachflächen müssen endlich forciert werden. In der buchstäblich letzten Landtagssitzung der Legislatur haben wir das Ziel, mehr geeignete Ackerflächen für Solar-Großanlagen zu nutzen, unterstützt.



Statement AfD Mecklenburg-Vorpommern:

Die AfD spricht sich gegen den Ausbau von Windkraftanlagen aus. Es ist belegt, dass sich die Anlagen negativ auf die örtliche Fauna, insbesondere auf Vögel und Fledermäuse auswirken. Darüber hinaus sind auch die Anwohner von den negativen Auswirkungen der Anlagen betroffen. Nicht nur, dass die Immobilienpreise in der unmittelbaren Nähe zu Windparks stark fallen, sondern auch die Gesundheit der Anwohner ist durch Schattenschlag, Infraschall und Lärmemissionen gefährdet.



Den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen lehnen wir aufgrund des hohen Flächenverbrauchs prinzipiell ab. Nur auf anderweitig nicht nutzbaren Standorten ist ein entsprechender Ausbau zu genehmigen. Gegen den Ausbau auf Wohnanlagen haben wir jedoch keine Einwände.

Wie sieht die Zukunft der Biomasse aus Ihrer Sicht in M-V aus? Welche Funktion wird die Biomasse übernehmen?

Statement de LEE Mecklenburg-Vorpommern:

Die Bioenergie übernimmt eine wesentliche Rolle bei der bedarfsgerechten Stromerzeugung. Die Umrüstung von Biogasanlagen zur effektiven und bedarfsgerechten Stromerzeugung muss gefördert werden, um u.a. die Einspeisung des Biogases ins Netz zur bedarfsgerechten Nutzung von KWK-Anlagen oder der Schaffung von Gas- und/oder Wärmespeichern zu fördern.


 Landesverband
 Erneuerbare Energien
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Statement der CDU Mecklenburg-Vorpommern:

Die Nutzung von Bioenergie bietet eine Möglichkeit der Energieerzeugung aus regenerativen Rohstoffen, bei deren Nutzung nur so viel Kohlendioxid frei wird, wie während des Wachstums der genutzten Pflanzen in der Biomasse gebunden wurde. Darüber hinaus können Hofflächen und Biogasanlagen zur Gewinnung und vor allem Speicherung von regenerativen Energien dienen. Die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse und Biogas ist verlässlich, flexibel und kann bedarfsgerecht erfolgen. Aus diesem Grunde hat die Bioenergie eine besondere Bedeutung als Systemdienstleister, um den steigenden Anteil der fluktuierenden erneuerbaren Energien am Energiemix auszugleichen.



Statement der SPD Mecklenburg-Vorpommern:

Mecklenburg-Vorpommern besitzt das natürliche Potential für die Biomasse-Nutzung. Es wäre entsprechend falsch, dieses Potential brach liegen zu lassen. Jedoch sprechen wir uns als SPD gegen die in den letzten Jahren teilweise fehlgeleitete Entwicklung aus, Biomasse bspw. aus Raps-Monokulturen für Biogasanlagen rein zur Stromerzeugung zu nutzen. Dieser Ansatz wird den Möglichkeiten kaum gerecht und rechnet sich in der Praxis oft nur selten. Biogasanlagen erreichen höhere Wirkungsgrade, wenn die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme einer Nutzung zugeführt wird, sei es in Heizungen für die Spargel- und Tomatenproduktion oder in Nahwärmenetzen. Findet Strom- und Wärmenutzung gleichermaßen statt, gibt es für Biomasse in Mecklenburg-Vorpommern unserer Ansicht nach eine sehr gute Zukunft. Um den Umweltschutz und den Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern zu gewährleisten, werden wir dafür Sorge tragen, dass bei der Genehmigung solcher Anlagen und ihrer Nebenanlagen immer eine gesamtheitliche Betrachtung stattfindet.



Statement Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern:

Die Biomasse muss künftig die Funktion eines flexiblen Puffers übernehmen. Wo heute fossile Kraftwerke im Lastgang an die Erneuerbaren angepasst wurden, muss künftig die flexibilisierte Bioenergie zu finden sein. Für die Herstellung von Bio-Kraftstoffen halte ich sie aus energetischer Sicht für ungeeignet, da zu (Flächen-) ineffizient.



Statement DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:

Alle Formen der Erzeugung erneuerbarer Energien müssen eine Rolle in einem künftigen Energiemix spielen. Biomasse ist global der meist genutzte regenerative Energieträger. Die Zukunft der Nutzung Bioenergie sehen wir daher positiv, gerade im ländlichen Raum. Allerdings wollen wir stärker Gülle und andere Reststoffe aus der Landwirtschaft dafür einsetzen. Die Wärme soll größtenteils in regionalen Nahwärmenetzen zu günstigen Konditionen den Verbrauchern zur Verfügung stehen.



Statement AFD Mecklenburg-Vorpommern:

Sofern ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, unterstützt die AfD den Bau von Biomassekraftwerken. In erster Linie sehen wir in den Kraftwerken die Möglichkeit Produktionsreste aus der Land- und Forstwirtschaft zu verwerten.



Welche Schwerpunkte setzen Sie in den Themenkomplexen Wärme (Erzeugung und Verbrauch) und E-Mobilität?

Statement des LEE Mecklenburg-Vorpommern:

Die Wärmewende hat ein sehr großes Potenzial, denn bisher stammt gerade 14 Prozent der Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Wärmewende muss forciert werden, z.B. durch Vorgabe einer verbindlichen Wärmeplanung für Kommunen.

Aber auch Anreize wie z.B. die Förderung von Wärmespeichern an KWK-Anlagen, damit diese stärker nach dem Bedarf an Strom betrieben werden können und die Wärme zwischengespeichert werden kann, sind notwendig.

Im Bereich der E-Mobilität sollte die Förderung insbesondere im ÖPNV-Bereich ausgebaut werden. Der Aufbau einer bedarfsgerechten und zukünftig netzdienlichen Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität ist unerlässlich.

Außerdem müssen geeignete Rahmenbedingungen zum wirtschaftlichen Einsatz von Strom aus Erneuerbaren Energien im Bereich Wärme und Verkehr geschaffen werden, v.a. durch eine Positionierung gegenüber dem Bund.



Statement der CDU Mecklenburg-Vorpommern:

Wesentlicher Baustein zur Erreichung der Klimaziele ist die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudesektor. Obwohl die Sanierungsquote in Mecklenburg-Vorpommern über dem Bundesdurchschnitt liegt, gibt es weitere Möglichkeiten, den Energieverbrauch in diesem Sektor zu reduzieren. Hierzu sind weitere Förderprogramme und Anreizmöglichkeiten im Bereich des Steuerrechtes notwendig. Im Bereich der Wärmeversorgung soll der Anteil der Fernwärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien (Bioenergien) gesteigert werden. Gleichzeitig sollen Zukunftstechnologien, wie smart metering oder smart grids, die Teilhabe der Menschen an der Energiewende und am Klimaschutz ermöglichen. Mobilität muss als ganzheitliches System betrachtet werden und bedarf daher



übergreifender Lösung. Vor diesem Hintergrund ist die Technologieoffenheit gerade im Bereich der Mobilität zwingend notwendig. Neben Strom und Naturgas stehen unter anderem synthetische Kraftstoffe zur Verfügung. Um hier eine Gleichberechtigung am Markt zu gewährleisten, ist eine Anreizsetzung zur CO₂-Reduktion durch einen Bonus im Steuersystem oder eine entsprechende Förderung notwendig. Für Mecklenburg-Vorpommern kommen neben den herkömmlichen Kraftstoffen insbesondere die EMobilität, der Einsatz von Wasserstofftechnologie und Compressed Naturell Gas (CNG) in Frage. Gleichzeitig gilt es, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen und eine Infrastruktur für E-Mobilität und Wasserstoff zu errichten. Im Vordergrund stehen hierbei der flächendeckende Ausbau einer schnellen Ladeinfrastruktur und der Ausbau von CNG- und Wasserstofftankstellen.

Statement der SPD Mecklenburg-Vorpommern:

Mecklenburg-Vorpommern besitzt bereits gut funktionierende Nahwärmenetze. Diese Potentiale auszubauen sollte unser Ziel sein, da bspw. auch bei der angestrebten Wasserstoffproduktion Prozesswärme in der Elektrolyse anfällt, die sinnvollerweise genutzt wird. Nahwärmenetze eignen sich auch, um Spitzen der Erzeugung erneuerbarer Energien aufzunehmen. Die in Rostock und Neubrandenburg im Bau befindlichen „Tauchsieder“ sind hierfür gute Beispiele. Beim Verkehr sehen wir die Zukunft allein aufgrund des Wirkungsgrades bei batterieelektrischen Antrieben, die weite Teile unserer Mobilitätsbedarfe abdecken können. Wasserstoff wird vor allem für längere Strecken und bspw. im LKW-Verkehr eine Rolle spielen, während der Einsatz von eFuels aufgrund der schlechten Energiebilanz auf Felder beschränkt bleiben wird, in denen Energiedichte und Sicherheit mit geringem Gewicht einher gehen müssen, bspw. im Flugverkehr. In den Städten wollen wir innovative Carsharing-Konzepte fördern, die als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr den Bedarf für den eigenen PKW reduzieren. In den ländlichen Regionen wollen wir Rufbussysteme fördern, die eine höhere Taktung des Nahverkehrs ermöglichen und somit eine sinnvolle Alternative zum Individualverkehr darstellen.



Statement Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern:

Bei der Wärme müssen wir zum einen massiv auf Gebäudedämmung setzen und zum anderen die Kopplung an andere Sektoren (z.B. industrielle Abwärme) erhöhen. Fossile Wärmeerzeuger müssen bei Ersatz ab sofort durch klimaverträgliche Alternativen ersetzt werden, z.B. Wärmepumpen. Die Elektromobilität wird sich aus meiner Sicht sehr bald durchsetzen. Ein Schwerpunkt wäre aber z.B. die Hochleistungs-Ladeinfrastruktur auszubauen, um den Menschen die Angst vor den „stundenlangen Tankstops“ zu nehmen.



Statement DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:

Die Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren Energien etwa durch Wärmepumpen, unterstützende Solarthermieanlagen oder deren Einsatz im Bereich von Fernwärme ist nicht ausreichend und muss deutlich forciert werden. Insbesondere Ölheizungen sind im selbstgenutzten Wohneigentum in ländlichen Räumen noch vorhanden. Die Verwendung von Öl bei Brennwertechnik und Miteinbindung von Erneuerbaren Energien ist



weiterhin erlaubt, ein Verzicht sollte jedoch durch Aufklärung und Förderung im Neubau und auch bei Heizungserneuerung erreicht werden. Gleiches gilt für die Verwendung von Gas über Tanks. Soziale Härten sind dabei jedoch zu vermeiden. Lösungen müssen für die künftige Nutzung des in MV in weiten Teilen vorhandenen Gasinfrastrukturnetzes und i. d. R. mit Anschlusszwang angebondenen Gebäuden gefunden werden. Biogas und Wasserstoff sind Möglichkeiten, die vorhandene Infrastruktur weiterhin zu nutzen. Fern- und Nahwärmenetze sind auszubauen. In unserem Entwurf eines Klimaschutzgesetzes findet sich folgende Formulierung: „Beim Heizungstausch oder nachträglichen Einbau einer Heizung muss ein Mindestanteil von 15 Prozent des Wärmeenergiebedarfs aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Pflicht entfällt, soweit sie nachweislich technisch nicht umsetzbar ist, Belangen des Denkmalschutzes bzw. der Baugestaltung entgegensteht oder zu unbilligen sozialen Härten führen würde. Vor Einbau oder Tausch sind Anschlussmöglichkeiten an bestehende Fern- oder Nahwärmenetze zu prüfen. Ein Anschluss- und Benutzungszwang ist geboten, soweit diese Möglichkeit besteht. Die Landesregierung unterstützt diese Maßnahmen durch ein entsprechendes Förderprogramm“. Zudem ist die energetische Sanierungsquote von Gebäuden mindestens zu verdoppeln. Nur mit Förderung ist es möglich, die Sanierung wärmietenneutral zu erreichen. Auf Bundesebene fordern wir die weitere Senkung der Modernisierungumlage. Eine Antriebswende ist für uns keine Verkehrswende. Diese ist nur mit Stärkung des Nahverkehrs zu erreichen. Die Umstellung der Busflotten auf alternative Antriebe ist vorrangig. Nur etwa die Hälfte der Bahnstrecken sind elektrifiziert. Das muss vorangebracht werden. Alternativ ist die Nutzung von Wasserstoff in Brennstoffzellenzügen voranzutreiben. Dafür bieten sich z.B. die Darßbahn und auch die Usedomer Bäderbahn an. E-Autos sind trotz Förderung für die allermeisten Menschen in M-V zu teuer. Dennoch wird künftig E-Mobilität auch in M-V zunehmen. Gefördert werden kann das durch vergünstigte Bewohnerparkausweise oder kostenfreie Parkmöglichkeiten. Vor allem brauchen wir ein landesweites und engmaschiges Netz der Ladeinfrastruktur und kostengünstigen Strom. Letzteres käme allen Menschen zugute, nicht nur den Nutzern von E-Autos.

Statement AFD Mecklenburg-Vorpommern:

E-Mobilität: Mobilität muss bezahlbar bleiben. Solange E-Autos für die meisten Bürger nicht erschwinglich sind, halten wir am Verbrennungsmotor fest. Wir setzen uns für eine ergebnisoffene Forschung im Bereich des Individualverkehrs ein. Den erzwungenen Weg hin zum E-Auto lehnen wir ab. Wärme: Den Bau moderner KWK-Anlagen begrüßen wir ausdrücklich. Die immer höheren Anforderungen an die Wärmedämmung im Baubereich lehnen wir aufgrund der massiven Bau- und Rückbaukosten, sowie den damit verbundenen Mietsteigerungen ab.

